

NEWSLETTER Nr. 8

Parents for Future Mainz

21.12.2019



Liebe Freundinnen und Freunde,

am Globalen Klimaaktionstag am 29. November gingen weltweit wieder Hunderttausende auf die Straßen und Plätze um den Verantwortlichen der Welt zu zeigen, dass die bisher beschlossenen Maßnahmen zum Schutz des Klimas bei weitem nicht ausreichen. In Deutschland fanden an hunderten Orten Demonstrationen und viele andere Aktionen unter dem Motto „#NeuStartKlima 29.11.“ statt.

Erstmalig haben die neu formierten „Students for Future“ bundesweit an vielen Hochschulen, so auch an der JGU in Mainz, eine Aktionswoche unter dem Titel „Public Climate School“ veranstaltet. In Vorträgen, Diskussionen und Aktionen entstand so neben dem Druck auf die Politik ein Labor für nachhaltige Zukunftsentwürfe.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit sieht sich die Bundesregierung veranlasst, erste Gesetze zum Schutz des Klimas zu erlassen. Doch mit den bisher geplanten und beschlossenen Maßnahmen – ohne Gesamtkonzept und wenig ambitioniert – ist das Pariser 1,5-Grad Ziel nicht erreichbar. Auch auf internationaler Ebene, auf der Weltklimakonferenz in Madrid, gab es keine Fortschritte. Auf beides wird in diesem Newsletter noch eingegangen.

Es bleibt also kein anderer Weg, als weiter Druck auf die Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen auszuüben und auf die Umsetzung konkreter Maßnahmen zu drängen. Erste Erfolge zeigen die Richtigkeit dieses Ansatzes.

Wir werden auch im kommenden Jahr nicht in unserem Engagement für den Klimaschutz nachlassen. Doch zuvor gönnen wir uns „zwischen den Jahren“ eine Verschnaufpause und sammeln Kraft fürs neue Jahr.

So wünschen wir Euch Frohe Feiertage und einen Guten Rutsch ins neue Jahr,

Eure Parents for Future Mainz

Erste Erfolge

Niederlande: Gericht verpflichtet die Regierung zur Einhaltung der Klimaziele¹

Ein Urteil des Obersten Gerichtshofs der Niederlande verpflichtet die Regierung zur Einhaltung der Klimaziele, die eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 25 Prozent gegenüber 1990 vorsehen.

Vor Jahren hatte die Stiftung Urgenda im Namen von fast 900 niederländischen Bürgern Klage gegen den Staat eingereicht. 2015 entschied ein Zivilgericht in Den Haag, die Niederlande müssten die Emissionen bis 2020 um ein Viertel gegenüber 1990 senken. In letzter Instanz bestätigte jetzt der Oberste Gerichtshof dieses Urteil. Eine Berufung ist unmöglich. Ende 2018 hatte das Land erst eine CO₂-Einsparung von 15 Prozent erreicht. Um

¹ <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/niederlande-klimaaktivisten-siegen-gegen-eigene-regierung-a-1302412.html>

die vorgegebenen 25 Prozent zu erreichen, muss die Regierung nun wahrscheinlich Kohlekraftwerke schließen, die erst 2015 und 2016 eröffnet wurden.

München soll bis 2035 klimaneutral werden²

Die Stadt München rief am 18. Dezember 2019 den "Klimanotstand" aus und will zudem bereits bis 2035 klimaneutral werden. Die Stadtverwaltung selbst und die stadteigenen Betriebe wollen gar schon bis 2030 klimaneutral arbeiten. Bisher hatte sich die Stadt für beides das Jahr 2050 als Ziel gesetzt.

Freitag, 17. Januar 2020: Großer Klimastreik in Mainz



Am Freitag, 17. Januar 2020 veranstalten *Fridays for Future* nach einem Jahr Streiken und nach einem Jahr, in dem nichts wirksames passiert ist, unter dem #DieUhrTickt eine Großdemonstration in Mainz zu der bundesweit mobilisiert wird. Die Demo startet um 12 Uhr in der Ludwigstraße.

Organisiert wird die Demo von den Fridays aus Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland. Wir Parents unterstützen die Fridays vor allem bei der Mobilisierung.

Kompromiss zum Klimapaket der Bundesregierung: nur scheinbar ein Schritt in die richtige Richtung

Mit Goggomobil-Technik ans Ziel?

Das Klimapaket vom 20. September wollte uns die Bundesregierung als rassigen Sportwagen verkaufen, mit dem die Klimaziele (dass die Klimaziele der Bundesregierung dringend verschärft werden müssen, ist ein anderes Thema) erreichbar wären. Bei genauem Hinsehen war schnell klar, dass dieses Fahrzeug nur mit einem Tretbootantrieb ausgestattet werden sollte, mit dem man unmöglich die nötige Fahrt aufnehmen kann.

Auf die heftige Kritik von Öffentlichkeit und Wissenschaft hin hat sich die Politik im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat am 17.12. dazu durchgerungen, den Antrieb auf einen „hochmodernen“ E-Scooter-Motor umzustellen. Dieser bringt zwar mehr Vortrieb als der alte Tretbootantrieb, die Ziele sind damit dennoch nicht erreichbar. Eine weitere „Aufrüstung“ ist zwingend erforderlich. Dummerweise (oder mit Absicht?) ist bei der Umrüstung nicht nur der Motor, sondern auch das Getriebe ausgewechselt worden: In den Sportwagen ist jetzt das Getriebe eines Goggomobils eingebaut worden, mit dem eine Aufrüstung zu einem voll funktionsfähigen Sportwagen unmöglich ist.

² <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-klimanotstand-stadtrat-1.4729777>

Ohne Erneuerbare Energien kein Umstieg möglich

Wieso rede ich jetzt beim Klimakompromiss vom Getriebe eines Goggomobils? Ist der deutlich erhöhte Einstiegspreis von 25€ je Tonne CO₂ nicht ein Schritt in die richtige Richtung?³

Die CO₂-Steuer (der Motor im Beispiel) ist ein Lenkungsinstrument, das einen Anreiz schaffen soll, auf erneuerbare Energien umzusteigen, und das marktgerecht mit möglichst geringen Kosten. Die erneuerbaren Energien (das leistungsfähige Getriebe im Beispiel) müssen dann aber auch in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt werden. Und genau hier hat der Kompromiss im Vermittlungsausschuss eine Verschlechterung gebracht.

Um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, müssen wir sehr zügig fossile durch erneuerbare Energieträger ersetzen. Wir müssen schnellstmöglich die Photovoltaik verfünffachen und die Nutzung der Windenergie verzehnfachen, unterstützt durch den Ausbau der Speichertechnologie.⁴ Alle Hemmnisse, die diesem Ziel entgegenstehen, müssen überprüft und möglichst beseitigt werden.

Bürgerenergie-Projekte sind unverzichtbar

Der erfolgreiche Ausbau von PV und Wind wurde in der Vergangenheit ermöglicht durch das EEG aus dem Jahre 2000, getragen vor allem durch zahlreiche Projekte, die von kleinen kommunalen und genossenschaftlichen Gesellschaften ausgeführt wurden. Wesentlicher Bestandteil waren feste, über die Zeit abnehmende Vergütungen für den eingespeisten „grünen“ Strom. Insbesondere die Umstellung der Förderung auf ein Ausschreibungsverfahren seit 2017 hat zu einem enormen Rückgang des Zubaus an PV- und Windkraft geführt.

Der Klimakompromiss verhindert Bürgerenergie

Um den Ausbau der Erneuerbaren im nötigen Umfang voranzutreiben, müsste es eine Rückkehr zu „Bürgerenergie“-Projekten auf der Basis fester Einspeisevergütungen geben. Doch genau das wird lt. Hans-Josef Fell durch den Kompromiss des Vermittlungsausschusses blockiert.⁵ Dieser sieht vor, dass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung in erheblichem Umfang zur Reduzierung der EEG-Umlage verwendet werden sollen. Dadurch haben wir es hier mit einer teilweise steuerlichen Finanzierung der EEG-Umlage zu tun mit der Folge, dass das EEG von der EU als Beihilfe eingeordnet werden wird. Die Europäische Kommission kann in diesem Fall dem EEG Vorgaben für dessen Ausgestaltung aufzwingen: Voraussichtlich wird sie eine Fortsetzung des Ausschreibungsverfahrens vorschreiben, wodurch Bürgerenergie-Projekte weitgehend verhindern werden.

Ohne Bürgerenergie-Projekte zu wenig Windenergie

Das betrifft v. a. die Windenergie an Land. Die Beteiligung an Ausschreibungsverfahren ist für lokal verankerte kommunale und genossenschaftliche Investoren meist zu aufwändig, mit der Folge, dass diese sich nicht beteiligen werden. Dies wiederum hat zur Folge, dass ökonomische Vorteile für die Region/Gemeinden entfallen und damit auch das wirtschaftliche Argument gegenüber Windkraftgegnern, die es auch in der Vergangenheit schon gab.

³ Dass der CO₂-Preis weiterhin unter dem Preis liegt, der von Klimawissenschaftlern als notwendig erachtet wird, soll hier nicht weiter diskutiert werden. Siehe dazu z. B. [PIK 20191014] Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, S. 5: https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/B2.3_Publications/Working%20Paper/2019_MCC_Bewertung_des_Klimapakets_final.pdf

⁴ Prof. Dr. Volker Quaschnig in Gedeo Ingelheim. Akzente, Dezember 2019

⁵ <https://mailchi.mp/hans-josef-fell/kompromiss-zum-klimapaket-zementiert-blockade-der-brgerenergie?e=eb361657d2>

Atomkraft, ich hör dir trapsen

Die Folge des Klimakompromisses ist also, dass die Senkung der EEG-Umlage über die CO₂-Steuer den Ausbau der Erneuerbaren Energien auf sehr niedrigem Niveau hält. Vielleicht ist das weitere Ausbremsen der Erneuerbaren Energien ja sogar beabsichtigt. So entstehen „Sachzwänge“, die einen Weiterbetrieb der fossilen und Atomkraftwerke leider unumgänglich machen, sehr zum Vorteil der großen Stromkonzerne.⁶

COP25 in Madrid gescheitert – Was lernen wir daraus?

Emissionshandel stand im Mittelpunkt - ergebnislos

Vom 2. bis 15. Dezember fand in Madrid die 25. Weltklimakonferenz (COP25) statt, die fast ergebnislos endete. Lange wurde über die wirksame Implementierung von Marktmechanismen gestritten, die Schlupflöcher und Doppelzählungen von CO₂-Einsparungen verhindern sollten. Der zweite große Streitpunkt war die Art und der Umfang der finanziellen Unterstützung der besonders betroffenen Länder des globalen Südens bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Keinen nennenswerten Raum nahmen die Konkretisierung der weltweiten Klimaschutzmaßnahmen und die Verschärfung der Zielgrößen ein. Hier wird jetzt die Hoffnung in die nächste Weltklimakonferenz im Jahr 2020 in Glasgow (COP26) gesetzt.

So wie die COP25 gescheitert ist, wird auch die COP26 scheitern schreibt Hans-Josef Fell in seiner Bewertung der COP25.⁷ Grund sei, dass die größten Bremser in der Klimapolitik (USA, Australien, Saudi Arabien, Brasilien) das Tempo bestimmen. Von daher sei das Hoffen auf Erfolge auf der weltweiten Bühne Zeitverschwendung.

Chancen einer emissionsfreien Wirtschaft werden ignoriert

Laut Fell werden sich die folgenden UN-Konferenzen wieder mit dem für den Klimaschutz vollkommen versagenden Emissionshandel beschäftigen statt mit wirkungsvollen Klimaschutzmaßnahmen wie dem Abbau der fossilen Subventionen oder der Umstellung auf 100% Erneuerbare Energien mit Hilfe von Einspeisevergütungen. Auf der Klimakonferenz würden die großen ökonomischen Chancen, die in einer emissionsfreien Wirtschaft stecken, ignoriert. Fell empfiehlt den NGO's, die COP26 in Glasgow zu boykottieren und verstärkt auf allen Ebenen, von lokal bis national, auf die Umstellung der Wirtschaft auf eine Null-emissionswirtschaft hinzuarbeiten. In der Folge würde die fossil-atomare Wirtschaft aufgrund ihrer abnehmenden Konkurrenzfähigkeit finanziell unter Druck geraten. Dann könne sie sich auch keine teure Lobbyarbeit zur Durchsetzung ihrer Interessen mehr leisten, die aktuell die Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise massiv behindert.

Es gibt einen konkreten Umstellungsplan

Die Energy Watch Group, in der Fell mitarbeitet, hat mit der finnischen LUT-Universität einen wissenschaftlich ausgearbeiteten Plan für eine Umstellung auf 100% Erneuerbare Energien weltweit vorgestellt⁸, der zeigt, wie eine Umstellung realisierbar wäre.

⁶ Auf EU-Ebene wird bereits intern ganz offen darüber gesprochen, dass auf Atomenergie und Erdgas gesetzt wird. Dies wird der arglosen Bevölkerung aber noch nicht offiziell mitgeteilt und auch noch nicht in konkreten Gesetzen formuliert. Auf EU-Ebene gibt es aber insofern erste Vorbereitungen, dass einige Länder, bzw. deren Energieunternehmen vorantreiben, dass Atomenergie das Nachhaltigkeitslabel ("grüner Strom") bekommen soll.

⁷ <https://mailchi.mp/hans-josef-fell/nchste-cop-boykottieren?e=d5cb5c9827>

⁸ Presseerklärung: <http://energywatchgroup.org/globales-energiesystem-mit-100-erneuerbaren-energien>;
Studie: http://energywatchgroup.org/wp-content/uploads/EWG_LUT_100RE_All_Sectors_Global_Report_2019.pdf

Forderungen von Fridays for Future

(Quelle: fridaysforfuture.de/forderungen/ 10.05.2019)

Fridays for Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels.

Explizit fordern wir für Deutschland:

- Nettonull **2035** erreichen
- Kohleausstieg bis **2030**
- **100%** erneuerbare Energieversorgung bis **2035**

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- **1/4** der Kohlekraft abschalten
- Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das **180€** pro Tonne CO₂

Parents for Future Mainz – Wer wir sind

Wir sind Eltern und andere Erwachsene in Mainz, die sich mit der Schülerbewegung Fridays for Future solidarisieren und aktiv Aktionen für Mainz mitplanen und organisieren möchten. Wir sind unabhängig von Parteien und Organisationen.

Parents for Future Mainz:

<http://mainz.parentsforfuture.de>

mainz@parentsforfuture.de

FB: parentsforfuture.mainz

twitter: @pff_mainz

instagram: parentsforfuturemainz

Fridays for Future Mainz:

FB: FridaysForFutureMainz

twitter: @F4F_Mainz

instagram: fridaysforfuturemainz

Scientists for Future Mainz:

twitter: @s4f_mainz

Students for Future Mainz:

<https://studentsforfuturemainz.wordpress.com>

twitter: @St4F_Mainz

Parents for Future Deutschland:

<https://parentsforfuture.de/>

Fridays for Future Deutschland:

<https://fridaysforfuture.de/>

Scientists for Future Deutschland:

<https://www.scientists4future.org/>

Students For Future Deutschland

<https://studentsforfuture.info/>